

Von:
Fridays for Future Schleswig-Holstein
Mail: schleswig-holstein@fridaysforfuture.de
Tel.: 0176 87 999 232



An:
Lars Harms
Vorsitzender des Finanzausschusses
Mail: finanzausschuss@landtag.ltsh.de

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens
„Transformationsfonds des Landes Schleswig-Holstein“ von der SPD (Drucksache 20/1590 und
zum Antrag „Einrichtung eines Transformationsfonds des Landes Schleswig-Holstein“ von der
SPD (Drucksache 20/1589)

17.01.2024

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Wer, wenn nicht wir?

Wir, Fridays for Future Schleswig-Holstein, sprechen uns deutlich für mehr Investitionen für eine sozial gerechte klimaneutrale Transformation der Mobilität, Energieversorgung, Stadtplanung, Industrie und Landwirtschaft aus - wofür, wenn nicht dafür?

Geld, das wir uns holen müssen

Viel zu oft schon wurden sinnvolle Maßnahmen für sozial gerechten Klimaschutz zur Seite gelegt, weil man in der Konsequenz keine Schulen mehr sanieren könne - ganz so, als wären Schulen und Klimaschutz die beiden einzigen Töpfe, aus denen Haushaltsgelder hin und her tauschbar sind. Währenddessen wird fröhlich weiter über den Ausbau von Autobahnen, das Fördern der maßlos unsicheren CCS-Technologie und im schlimmsten Fall Atomkraft diskutiert. Das muss nicht sein, das darf nicht länger so bleiben. Es gibt unzählige Maßnahmen, die sicher funktionieren, beispielsweise Wärmepumpen, mehr Geld für den ÖPNV oder zielgerichtete Agrarsubventionen für mehr Klimaschutz. Mit Planungssicherheit, ausreichend öffentlichen Mitteln und zuversichtlicher Kommunikation aus allen Fraktionen können mit diesen Vorhaben Mehrheiten in der Bevölkerung Schleswig-Holsteins gewonnen werden.

Unabhängig davon, ob Sie sich für den TraFo.SH entscheiden oder nicht, trifft die SPD mit dem Gesetzesvorschlag einen wunden Punkt: In all unseren Gesprächen zur Entwicklung, Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen mit Ihnen und anderen Institutionen scheitern auch die unambitioniertesten Gedanken schon im 1. Schritt und zwar am Geld. Sie scheitern an dem Geld,

"das wir nicht haben". Uns ist bewusst, dass wir die Haushaltsmittel für eine sozial und klimagerechte Transformation nicht zuletzt wegen der Schuldenbremse und einer absurden Steuerpolitik tatsächlich nicht haben. Wir haben mitbekommen, dass der schleswig-holsteinische Haushalt 2023 zeitweise einer Sperrung unterlegen war. Aber wir müssen uns klarmachen, dass wir uns das Geld, das wir für längst überfällige, dringende Maßnahmen nicht *haben*, jetzt *holen* müssen. Und damit können wir nicht auf die Einschränkung geschweige denn die Abschaffung der Schuldenbremse auf Bundesebene warten.

Vor diesem Hintergrund sollten Sie in jedem Fall, mit oder ohne den TraFo.SH, die landespolitischen Möglichkeiten zum Erheben von finanziellen Mitteln besser ausschöpfen. Die Erhöhung der Grundsteuer oder des Erdölförderzinses sind nur zwei Beispiele aus einer Vielzahl an Optionen. Das Land erhebt zudem Verbrauchssteuern und gibt den Kommunen die Möglichkeit, bestimmte Aufwandssteuern zu erheben. Von solchen zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten sollte verstärkt Gebrauch gemacht werden, vor allem wenn sich durch die Steuern eine direkte oder indirekte ökologische Steuerungswirkung ergibt. Die Möglichkeiten des Landes, in Notlagen wie der Klimakrise mehr Kredite aufzunehmen, sind unabhängig davon auszuschöpfen.

Für die Zukunft Schleswig-Holsteins

Überschwemmungen, Meeresspiegelanstieg, Starkregen und Sturmfluten bedrohen durch den Klimawandel Schleswig-Holstein bis tief ins Landesinnere. Der Kampf um jedes Zehntelgrad ist auch der Kampf darum, dass Deichen überhaupt noch möglich ist. Schleswig-Holstein ist aber nicht nur in besonderem Maße von den Folgen der Klimakrise betroffen. Als Energiewendeland profitieren wir durch Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen auch in besonderem Maße vom Klimaschutz. Investitionen in den Klimaschutz lohnen sich für uns also doppelt. Das Beispiel Northvolt zeigt einerseits was möglich ist. Andererseits ist auch klar, dass weitere große öffentliche Investitionen anstehen, um CO₂-Einsparungen in den Sektoren Wärme, Verkehr und Industrie zu erzielen. Als Energiedrehscheibe und Grünstromproduzent hat Schleswig-Holstein die besten Voraussetzungen - aber die besten Voraussetzungen bringen nichts, wenn nicht rechtzeitig die notwendigen Investitionen getätigt werden.

Können wir uns jetzt auf Sie verlassen?

Von rechts unterwanderte Bauernproteste (mit dem wahren Kern, dass die Landwirtschaft deutlich mehr politische und finanzielle Unterstützung für ihre Umstrukturierung braucht) und die von Correctiv aufgedeckten völkischen Pläne von AfD und co. zeigen schmerzlich, dass uns die Zeit aus den Fingern rinnt. Die AfD hat es selbst gesagt: Wenn es dem Land schlecht geht, geht es ihr als rechtspopulistische Partei gut. Bei Ihnen im Landtag sitzt sie derzeit nicht. Wie lange noch? Die AfD

macht gefährliche, rechtsnationale Pläne - machen Sie für uns dagegen die sozial gerechten, klimaneutralen und damit zukunftsfähigen Pläne? Können wir uns auf Sie verlassen?

Jeden heute nicht für Klimaschutz und Klimaanpassung ausgegebenen Euro geben wir zukünftig um ein Vielfaches für die Beseitigung verheerender Klimafolgen aus. Jeder heute nicht ausgegebene Cent gefährdet die gesellschaftliche Stabilität von morgen. Und "morgen" ist sehr nah: Zahlreiche Studien, darunter die jüngsten Veröffentlichungen des IPCC machen mehr als deutlich: Es ist nicht mehr 5 vor 12 oder 12, es ist bereits Viertel nach 12. Die Zeit für politische Gestaltung und demokratische Lenkung ist jetzt - wenn wir dieses Zeitfenster verpassen, bleibt nur noch die Reaktion auf den Notstand, womit wir den Bedürfnissen der meisten Menschen nicht gerecht werden können. Ein solcher Zustand muss um jeden Preis vermieden werden, wobei Preis an dieser Stelle wörtlich zu verstehen ist. Wir rechnen lieber mit einem Tilgungsplan für einen Kredit in einer Notlage wie der Klimakrise als unvorbereitet in Klimafolgen zu straucheln.

Die Verantwortung nicht auf Privathaushalte abwälzen

Wenn einzelne Haushalte sich eine Wärmepumpe, ein E-Auto und Bio-Gemüse leisten können, ist das schön und gut, aber nicht der Inhalt einer Transformation. Sollte die Verantwortung für diese weiterhin auf Privatpersonen abgewälzt werden, bleiben wir auf unbegrenzte Zeit auf der einsamen Eisscholle des Status Quo stehen, der ein bisschen nachhaltiger aussieht, während er im Meer versinkt.

Für eine klimafreundliche Transformation, die nur sozial gerecht langfristig funktioniert, braucht es öffentliche Gelder. Eigentümer*innen, Vermieter*innen, Wohnungsbaugenossenschaften oder Industrien können auf politisch-rechtliche Rahmenbedingungen reagieren und bei der Transformation kooperieren, aber sie können sich nicht selbst den Rahmen geben. Das ist die Aufgabe des Staates, weil der kapitalistische Verteilungsmechanismus weder sozial noch ökologisch funktioniert.

Und diese Zuteilung als Aufgabe des Staates ist keine neue linksgrüne Idee: Mit der öffentlichen Finanzierung von Autobahnen, autogerechter Stadtplanung, Subventionen für Kohle oder mehr Viehhaltung hat der Staat den Status Quo erschaffen. Das Einzige, was an mehr Geld für sozial gerechten Klimaschutz neu ist, ist die Ausrichtung der Gelder, nicht die Summe. Wir erkennen an, dass der Status Quo nicht ohne größere Schäden sofort umgewälzt werden kann, indem alle Gelder abgezogen oder umgeschichtet werden. Deshalb könnte es erforderlich sein, mit Sondervermögen und Mitteln wie dem TraFo.SH zu arbeiten. Ob Sie letzteres für den besten Weg halten, überlassen wir Ihnen. Aber eines muss klar sein: Wenn Sie sich gegen den TraFo.SH entscheiden, müssen Sie sich für ein mindestens gleich geeignetes Alternativkonzept entscheiden. Es braucht mehr Geld für eine sozial gerechte Transformation zu Nullemissionen. Die Zeit drängt.